

SAMTGEMEINDE HAGE



Antrag auf Übernahme von Elternbeiträgen in Kindertagesstätten

Weiterbewilligung ab _____

Neuantrag ab _____



Hiermit beantrage(n) ich/wir die Übernahme der Kosten für den Besuch der Einrichtung:

- Kindertagesstätte Küstenkinder
- Kindertagesstätte Berumbur Garrelts Land
- Kindertagesstätte Hager Filappers

für folgendes Kind/ folgende Kinder:

Anzugebende Daten	Kind 1	Kind 2	Kind 3
Nachname			
Vorname			
Geburtsdatum			
Anschrift (wenn abweichend)			
Tägliche Betreuungszeit	von _____ Uhr bis _____ Uhr	von _____ Uhr bis _____ Uhr	von _____ Uhr bis _____ Uhr
Nutzung von Sonderzeiten	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Daten der Eltern

	Antragsteller	Ehegatte/Lebensgefährte(in)
Nachname		
Vorname		
Telefon (freiwillig)		
E-Mail (freiwillig)		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet
Verwandtschafts- verhältnis zum Kind	<input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater <input type="checkbox"/> Sonstiges	<input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater <input type="checkbox"/> Sonstiges
Sorgeberechtigt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Folgende Personen leben mit dem Antragsteller in häuslicher Gemeinschaft

(Kinder, Eltern, Großeltern, weitere Personen, etc.)

	1	2	3	4	5
Name					
Vorname					
Geburtstag					
Verwandtschaftsgrad oder sonst. Beziehung					
Einkünfte					

Hinweis:

Wenn sie Leistungen nach dem SGB II oder XII (ALG II, Hartz IV, Sozialgeld) oder Leistungen nach dem AsylbLG beziehen, reicht als Nachweis der aktuelle Bescheid des Job-Centers bzw. Leistungsträgers aus. Andernfalls sind sämtliche Einkünfte als Monatsbeiträge anzugeben **und nachzuweisen**. Aufwendungen werden nur durch Vorlage von Belegen anerkannt. Lesbare Kopien reichen aus.

Art der Einkünfte (Nachweis beilegen)	Antragsteller/in Euro monatlich	Ehegatte/in oder Lebenspartner/in Euro monatlich
Nicht selbstständige Tätigkeit/ Arbeit (Verdienstbescheinigung der letzten 3-6 Monate- Nettobetrag) inkl. Weihnachts- und Urlaubsgeld		
Selbstständige Tätigkeit/ Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft (Einkommenssteuerbescheid)		
Rentenleistungen, Pensionen, Grundsicherung etc.		
Bafög		
Lohnersatzleistungen (Krankengeld)		
Wohngeld/Lastenzuschuss (Bescheid beifügen)		
Kindergeld/Elterngeld		
Unterhaltsbeiträge		
Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung		
Steuerrückerstattung Vorjahr		
Sonstige Einnahmen		

Aufwendungen für die Arbeit (soweit möglich mit Nachweisen)	Antragsteller/in Euro monatlich	Ehegatte/in oder Lebenspartner/in Euro monatlich
Günstigste Fahrkarte mit öffentl. Verkehrsmitteln		
Bei PKW-Benutzung einfache Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (max. 40km für die einfache Fahrt) (Bitte Begründung für die Benutzung des eigenen PKW)		
Beiträge zu Berufsverbänden (Konto-Auszug)		
Aufwendungen für Notwendige Arbeitsmittel soweit diese die Pauschale von 5,20 EUR übersteigen.		
Private Krankenversicherung bei Beamten und Selbstständigen		

Versicherungen (Keine Kfz.-Versicherung sowie Kapital bindende Versicherungen)

Art der Versicherung (Nachweis erforderlich)	Beitrag in EUR pro Monat

Zusätzliche Aufwendungen für besondere Belastungen

z.B. vertretbare Abzahlungsverpflichtungen, Kosten in Zusammenhang mit Familienereignissen, Aufwendungen für Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung, Unterhaltsverpflichtungen. Bitte benennen Sie die Aufwendungen und legen Sie geeignete Nachweise vor (z.B. Kreditvertrag).

Art der Aufwendung (Nachweis erforderlich)	Beitrag in EUR pro Monat

Unterkunft

Kosten (Nachweis erforderlich)	Beitrag in EUR pro Monat
Kaltmiete/ Alternativ Zinsbelastung	
Nebenkosten ohne Heizung, Strom, Warmwasser	
Es sind _____ Räume an ____ Personen untervermietet.	

Raum für Antragsbegründung/ Mitteilungen:

Wahrheit der Angaben

Ich versichere hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben. Mit ist bekannt, dass ich gemäß § 97 SGB VIII verpflichtet bin, Auskünfte über meine wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse zu erteilen und durch Belege nachzuweisen. Ich nehme Kenntnis, dass dieser Antrag wegen fehlender Mitwirkung gemäß § 66 SGB I abgelehnt oder die Leistung eingestellt werden kann, wenn die Unterlagen nicht vollständig bei der Stadt Norden eingereicht werden. Darüber hinaus erkläre ich mich einverstanden, dass Auskünfte während der laufenden Hilfestellung ggf. von Dritten (Job-Center, Agentur für Arbeit, Landkreis Aurich) eingeholt werden.

Mitwirkungspflicht

Des Weiteren verpflichte ich mich, ab Antragsstellung und für die Dauer der Hilfestellung alle Änderungen in meinen persönlichen wie wirtschaftlichen Verhältnissen, die für die gewährte Leistung maßgeblich sind (z.B. Änderung der Einkommenssituation, Wohnortwechsel) mitzuteilen. Sofern ich die Voraussetzung für die Gewährung der wirtschaftlichen Jugendhilfe nicht mehr erfülle und die Leistung weiterhin in Anspruch genommen wird, verpflichte ich mich, die für diesen Zeitraum geleisteten Geldleistungen an die Stadt Norden zu erstatten. Ich versichere die Wahrheit meiner gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass ich mich durch falsche oder unvollständige Angaben in diesem Antrag des Betruges schuldig mache. Unrichtige und unvollständige Angaben können ein Strafverfahren und Schadenersatzansprüche der Stadt Norden zur Folge haben (§ 263 StGB) Mir ist bekannt, dass für die Inanspruchnahme der Kindertagesstättenbetreuung und Kindertagespflege gemäß § 90 SGB VIII ein Kostenbeitrag festgesetzt wird und ich einen Antrag auf Übernahme

des Kostenbeitrags stellen kann. Gleichzeitig erkläre ich mich damit einverstanden, dass im Falle der Gewährung eines Zuschusses die Abrechnung direkt mit dem Träger der Einrichtung erfolgt.

Datenschutz

Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Samtgemeinde Hage
Der Samtgemeindebürgermeister
Hauptstraße 81
26524 Hage
Telefon: 04931 / 1899-0
E-Mail: rathaus@sg-hage.de
Internet: www.sg-hage.de

Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle

Samtgemeinde Hage
Hauptamt
Hauptstraße 81
26524 Hage
Telefon 04931 / 1899-21 / -22
E-Mail: hauptamt@sg-hage.de
Internet: www.sg-hage.de

Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)
Elsässer Straße 66
26121 Oldenburg
Telefon: 0441 / 9714-158
E-Mail: datenschutz@kdo.de
Internet: www.kdo.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Verwaltung und Abrechnung von Kindertagesstättenplätzen sowie zum Erstellen von Auswertungen und Statistiken verarbeitet.

Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind §§ 61 ff. Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (SGB VIII), §§ 67 ff. Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch (SGB X) sowie § 14 Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG).

Datenübermittlung

Ihre personenbezogenen Daten (persönliche Angaben zum Kind, Angaben zu den Eltern/Lebensgefährten, Angaben zur Betreuungsart) werden bei Bedarf an die Kindertageseinrichtungen in der Samtgemeinde Hage und an den AWO-Kreisverband Norden als Träger des AWO-Kindergartens Berumbur weitergeleitet.

Speicherdauer

Der Speicherzeitraum beginnt mit Datum der Unterschrift der Einwilligungserklärung. Ihre Daten werden für einen Zeitraum von 6 Jahren nach Ausscheiden des Kindes aus einer Kindertageseinrichtung gespeichert.

Rechte der/des Betroffenen

Sie können gegenüber der Samtgemeinde Hage folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten
- Recht auf Berichtigung oder Löschung
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung
- Recht auf Datenübertragbarkeit
- Recht auf Widerspruch der Einwilligung, sofern die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a oder Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a DSGVO beruht.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon 0511 / 120 45 00

Telefax 0511 / 120 45 99

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Bitte denken Sie daran, dass Sie alle erforderlichen Nachweise wie z. Bsp. Einkommensnachweise, Mietvertrag, usw. diesem Antrag beifügen müssen.

Andernfalls kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

Datum

Unterschrift der Antragstellerin/ des Antragstellers